

2013-10-08

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 25.09.2013

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:15 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

**Vorsitz**

Koschig, Klemens

**Fraktion Pro Dessau-Roßlau**

Bönecke, Matthias

vertreten durch Herrn Kleinschmidt

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, **Herr Ehm**, eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit mit derzeit 8 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

#### **2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die BV 134, vorgesehen für den **TOP 7.6**, wird seitens des Einreichers **zurückgestellt**, teilte **Frau BM Nußbeck** mit. Die Vorlage wurde im Finanzausschuss zur Wiedervorlage in der Oktobersitzung des Finanzausschusses vorgesehen. Der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt habe sie ebenfalls zurückgestellt.

Zum TOP 7.4 „Gesamttouristisches Leit- und Informationssystem“ wurde für Herrn Prof. Oswald das Rederecht beantragt und bestätigt.

Der Punkt **8.5** des nichtöffentlichen Teils wurde vorgezogen und zur Behandlung **vor dem Punkt 8.1** in der Tagesordnung bestimmt. Zur Teilnahme und zum Rederecht für Herrn Prof. Oswald in diesem Tagesordnungspunkt gab es ebenfalls Zustimmung.

Aufnahme in die Tagesordnung fanden die Informationen zu **(neu) 6.1** Gesamtmaßnahmeplan zur Beseitigung von Hochwasserschäden (BV/274/2013/I-OB) **sowie** unter **9.2** die Information über den Eilbeschluss des OB zur BV/293/2013/V-40.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

### 3 Genehmigung der Niederschriften vom 22.05., 26.06. und 07.08.2013

Die Niederschriften der Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses wurden genehmigt:

- 22.05.2013 7:0:1
- 26.06.2013 6:0:2
- 07.08.2013 6:0:2

### 4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

### 5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es erfolgte der Hinweis auf die Information im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung.

### 6 Öffentliche Anfragen und Informationen

#### 6.1 Gesamt-Maßnahmeplan zur Beseitigung von Hochwasserschäden in der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/274/2013/I-OB

**Herr Dr. Weber** merkte zur Position „Schäden bei touristischen Wanderwegen“ an, dass auf die Anlage verwiesen werde, die aber nicht anhängig sei. **Frau BM Nußbeck** sagte zu, dass diese für den Stadtrat ausgereicht wird. Da der Plan allerdings schon zum 15. September an das Landesverwaltungsamt gegeben werden musste, werde der Beschluss des Stadtrates nachvollzogen.

#### 6.2 Sonstige öffentliche Anfragen und Informationen

Um Aussagen zum aktuellen Stand der Vorbereitung des Neubaus der Schwimmhalle bat **Herr Kolze**, insbesondere inwieweit Fördermittelanträge gestellt wurden oder ob es dazu Korrespondenz mit dem Land gibt.

Die Frage wurde entgegengenommen und **Frau BM Nußbeck** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Schönemann** merkte ergänzend an, in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt gab es eine Aufgabenstellung dazu, da es zurzeit nichts Belastbares gibt. Bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses soll ein solches Dokument - ordentliche Beantragung von Fördermitteln - vorliegen.

**Herr Ehm** trug die Bitte des Anhaltischen Theaters vor, für die Teilnahme der Hochwasserfluthelfer an der Dankeschön-Gala am 28.09.2013 im Anhaltischen Theater zu werben. Die Karten stehen kostenlos zur Verfügung.

Wer für die Umfeldpflege und -gestaltung bei den Meisterhäusern zuständig ist, fragte **Herr Dr. Weber**. Es biete sich kein schönes Bild für täglich hunderte von Gästen.

Eine zweite Frage bezog sich auf eine vor längerer Zeit getroffene Aussage des Pressesprechers zur Bettensteuer. Herr Dr. Weber fragte, ob es Bestrebungen seitens der Verwaltungsspitze gibt, dies mit auf die Agenda zu nehmen.

In der Beantwortung bestätigte **Frau BM Nußbeck**, nach wie vor ist es ein Vorschlag aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept. Allerdings wurde das Thema noch nicht wieder aufgenommen, da man erst auf eine sichere Rechtslage, eine höchststrichterliche Entscheidung, warten wolle. Es gibt unterschiedliche Rechtsprechungen.

## **7 Beschlussfassungen**

### **7.1 Gestalterische Vollendung des Denkmals Friedenglocke Vorlage: BV/206/2013/I-OB**

Für diesen Tagesordnungspunkt übergab Herr Ehm die **Sitzungsleitung** an **Frau BM Nußbeck**, da er sich als Vorsitzender des Kuratoriums Friedenglocke befangen erklärte.

**Herr Schönemann** merkte an, die Botschaft, dass es eine Friedens- und Freiheitsglocke ist, umfasst Prinzipien genereller Natur. Die jetzige Lesart sei sicherlich eine, aber nicht die einzige, wenn man fair mit dem Thema umgeht, ansonsten würde man das Thema Umbenennung der Friedenglocke in „Mahnmal gegen die SED-Diktatur“ favorisieren. Hier werde s. E. eine Vermischung vorgenommen, die sehr einseitig interpretiert wird, da etwas suggeriert wird, was es nicht ist.

Es wurde von **Frau Nußbeck** um Meinungsäußerungen gebeten.

Seiner Meinung nach würde der Vorschlag von Herrn Schönemann auf die Tafel 5 passen, erklärte **Herr Tonndorf**. Das andere solle man so benennen wie es ist. Mit der Wende 1989 wurde das Regime der SED und der DDR zu Fall gebracht.

Bevor **Herrn Ehm** durch das Gremium das Rederecht gegeben wurde, erfolgte der Hinweis von **Herrn Pätzold** auf eine notwendige Richtigstellung. In der Vorlage heißt es, dass die **Tafeln eine Größe** von 1,20 x 1,20 cm besitzen. Hier ist die Größenangabe in Metern zu korrigieren, also **1,20 x 1,20 m**. Des Weiteren stellte er die Frage, wer „Perner und ASUG“ seien.

Auf die Entstehungsgeschichte der Glocke ging **Herr Ehm** kurz ein. Weiterhin merkte er an, dass die Texte für die Tafeln über etwa zwei Jahre in der AG Geschichte besprochen wurden. Dies sei ein offizielles Gremium außerhalb des Stadtrates und auch des Kuratoriums Friedenglocke. Aus seiner Sicht seien die Texte gegenüber den ursprünglichen sehr „weichgespült“.

**Herr Kolze** brachte zum Ausdruck, dass sich die Friedenglocke in Dessau tatsächlich auf die Ereignisse des Herbstes 1989 und insbesondere darauf, was mit den Waffen der Kampfgruppen geschehen ist, bezieht. Die Formulierungen seien entsprechend. Ob man in der Zukunft darüber nachdenkt, das zu ergänzen mit weiterführenden Tafeln, könne man sich zu gegebener Zeit verständigen.

Als Ergänzung auf der Tafel 2 beantragte **Herr Tonndorf**, den letzten Satz zu vervollständigen mit den Worten „*und zerstörte sie*“.

**Herr Ehm** erklärte hinsichtlich der Anregung von Herrn Schönemann, er habe nichts dagegen, als Untertitel für die Friedensglocke anzufügen „ein Mahnmal gegen die SED-Diktatur“. Die Zustimmung der AG Geschichte sei dabei vorausgesetzt. Zur Erklärung für die Bezeichnung „Perner und ASUG“ wird es Erläuterungen im Internet geben, dass dies der Gießereibetrieb in Dessau und Perner der Glockengießer war, der die Glocke gestaltet hat.

Es wurde von **Herrn Schönemann** bestätigt, dass seine Anregung als Antrag gilt.

Die Anträge wurden zur Abstimmung gestellt. Das Stimmrecht von Herrn Ehm wurde durch dessen Vertreter, Herrn Rumpf wahrgenommen:

- Der Ausschuss stimmte dem Antrag von Herrn Tonndorf zu, auf der **Tafel 2** den letzten Satz **fortzuführen** mit den Worten „**und zerstörte sie.**“  
Abstimmungsergebnis: 7:0:2
- Der Antrag von Herrn Schönemann, bei einer Tafel den Zusatz aufzunehmen „**Ein Mahnmal gegen die SED-Diktatur**“ wurde mehrheitlich angenommen.  
Abstimmungsergebnis 8:0:1  
Es wurde vereinbart, dass noch geprüft wird, auf welcher Tafel die Ergänzung vorgenommen werden soll.

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: 6:2:1**

Die Verhandlungsführung wurde wieder von Herrn Ehm übernommen.

## **7.2 Termine Oberbürgermeisterwahl 2014 und Benennung Stadtwahlleiter Vorlage: BV/242/2013/I-OB**

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** merkte an, dass dieser Beschluss vorsichtshalber zu fassen sei. Zurzeit liege ein Gesetzentwurf beim Landtag, dass die Wahltermine für Kommunal-, Oberbürgermeister- und EU-Wahl zusammengelegt werden können. Der Beschluss mache sich entbehrlich, wenn dieses Gesetz verabschiedet wird.

Darauf ging **Herr Kolze** ein. Der Landtag habe das Gesetz vor zwei Wochen in erster Lesung behandelt und alle Fraktionen des Landtages stimmten ihm zu. Es werde definitiv in der Oktobersitzung des Landtages beschlossen werden. Zum 1. November wird es veröffentlicht, so dass man sich in allen Fristen befände, die die Landkreise und Kommunen benötigen, um die Vorbereitung der Wahlen korrekt durchzuführen.

**Herr Kolze** unterbreitete den Vorschlag, unter dem Punkt 2 des Beschlussvorschlages eine Änderung vorzunehmen. Der Punkt soll wie folgt lauten:

„2. Die Hauptwahl des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau-Roßlau findet vorbehaltlich der Regelungen zum Wahltermin durch den Gesetzgeber am 25. Mai 2014 statt. Eine erforderliche Stichwahl findet am 15.06.2014 statt.“

Die Wahllokale sind von 8 bis 18 Uhr, für die EU-Wahl bis 20.00 Uhr geöffnet.“

Damit sei es für uns praktikabel und müsse nicht nochmals beschlossen werden.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** erklärte, der Einreicher übernimmt diesen Vorschlag.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 9:0:0

### **7.3 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2012 Vorlage: BV/262/2013/II-20**

Die Empfehlung zur Beschlussfassung im Stadtrat zur Entlastung des Verwaltungsrates wurde einstimmig ausgesprochen.

**Abstimmungsergebnis:** 9:0:0

### **7.4 Grundsatzbeschluss zum touristischen Infrastrukturvorhaben: „Gesamttouristisches Leit- und Informationssystem“ Vorlage: BV/251/2013/VI-80**

Zur Einführung erläuterte **Herr Beigeordneter Hantusch**, die Vorlage wurde relativ kurzfristig zur Beschlussfassung übergeben, da in der Landesregierung touristische Infrastrukturen nicht mehr in dem Umfang gefördert werden wie bisher. Dies sei nun die letzte Chance, diese Maßnahme als Teil des beschlossenen Masterplans Bauhaus zu beantragen. Die Vorlage sei nicht wie gewohnt genau ausformuliert, weshalb auch die Bezeichnung Grundsatzbeschluss gewählt wurde, später werden die einzelnen Maßnahmebeschlüsse näher erläutert.

Auf Seite 2 wurden Maßnahmen in Abstimmung mit der OB-Runde ergänzt, um deutlich zu sagen, dass natürlich solche Maßnahmen insbesondere auch vor dem Hintergrund künftiger Haushaltsberatungen in Konkurrenz zu anderen Maßnahmen stehen. Dieser Hinweis sage aber nicht, dass diese Maßnahmen, die hier benannt werden, nicht durchgeführt werden. Es obliege dann dem politischen Raum, in den Haushaltsberatungen Beschlüsse zu fassen.

Herr Hantusch werbe für diese Maßnahmen, da jetzt eine einmalige Chance besteht, dieses Bauhaus, insbesondere weil auch das Ausstellungszentrum ansteht, in dieser Stadt vernünftig zu implementieren und dazu gehört auch ein Informations- und Leit-system. Man befinde sich dabei auch in sehr enger Abstimmung mit der Stiftung Bauhaus Dessau.

**Herr Ehm** wies darauf hin, dass Herr Prof. Oswald anwesend sei und für evtl. Fragen zur Verfügung stehe.

Die Beschlussvorlage sei bereits gestern Gegenstand der Beratung im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt gewesen und hat wohlwollende Aufnahme gefunden, erklärte **Herr Dr. Neubert**. Es zeichnet sich ab, dass hier eine Kooperation von vielen im Sinne eines einheitlichen Ziels erfolgt. Man habe sich auch darauf verstan-

dig, im Falle eines der Leitthemen eine Umformulierung vorzunehmen, nämlich unter Pkt. 4 des Beschlussvorschlages nicht von der „Stadt der Aufklärung und der Experimente“ sondern von „Stadt der Aufklärung und der **Moderne**“ zu sprechen. **Herr Beigeordneter Hantusch** bestätigte dies und es wird eine Änderung dahingehend vorgenommen.

**Herr Schönemann** bat um Ausführungen von Herrn Prof. Oswald zu der Zusammenarbeit der städtischen Verwaltung und der Stiftung des Bauhauses.

**Herr Prof. Oswald** bedankte sich für die Erarbeitung der Beschlussvorlage für den Stadtrat. Im letzten Jahr habe es Vorgespräche seitens der Stadt, der Stiftung und Vertretern des Landes, wie man das Anliegen umsetzen kann. Für eine erfolgreiche Vermittlung des Bauhauserbes und auch des Erbes der Aufklärung ist dies notwendig. Solche Dinge, wie das bereits herausgegebene Taschenbuch über die nicht sichtbare Bauhausstadt sollen aufgegriffen werden, um den Bürgern, nicht nur den Touristen die Dinge näher zu bringen. Herr Prof. Oswald sei optimistisch, dass man zügig zu konkreten Maßnahmen komme, einschließlich zu Eingriffen im Bahnhofstunnel und auch an anderen Eingangsbereichen der Stadt. Er wissen, dass die städtische Haushaltslage schwierig ist und es sei ihm bewusst, dass es auch andere Dinge in der Stadt gibt, die gemacht werden müssen. Man habe auch mit dem Land 2016 verabredet, eine regionale Landesausstellung zu dem Thema der Moderne durchzuführen. Er hoffe, dass man damit eine breite Öffentlichkeit erreichen kann.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Vorlage mehrheitlich zu.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:1

#### **7.5 Berufung eines Beirates zur Erhaltung und Förderung des Kleingartenwesens in der Stadt Dessau-Roßlau (Kleingartenbeirat) Vorlage: BV/207/2013/VI-66**

Auf die Anfrage von **Herrn Kleinschmidt**, welche Kompetenzen diesem Beirat eingeräumt werden, führte **Herr Beigeordneter Hantusch** aus, es gehe um eine verbesserte Zusammenarbeit in einem Gremium. Die Verwaltung habe natürlich in den letzten Jahren intensiv mit den Verbänden zusammengearbeitet. Letztendlich wurde aber von den Verbänden der Wunsch geäußert, einen Beirat zu etablieren, um anstehende Probleme besser in den politischen Raum einbringen zu können. Herr Hantusch führte als Beispiel den erhöhten Leerstand in den Kleingartenanlagen insbesondere nach den Hochwassern an.

**Herr Schönemann** merkte an, dass die Überarbeitung des Kleingartenkonzeptes erforderlich würde, da sich die Sozialstruktur des Verbandes schon in Richtung von Bedürftigkeit entwickelt und der „Schrebergarten“ einen neuen Wert erhält.

Der Haupt- und Personalausschuss empfahl die Beschlussfassung der Vorlage im Stadtrat.

**Abstimmungsergebnis:** 9:0:0

**7.6 Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung  
der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: BV/134/2013/VI-60**

zurückgestellt

**12 Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch Herrn Ehm geschlossen.

Dessau-Roßlau, 10.10.13

---

Lothar Ehm  
Stellv.Vorsitzender des  
Haupt- und Personalausschuss

E. Baumer  
Schriftführerin